Abend-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter Nr. 6816 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle. Sprechstunden von 10½ bis 12½ Uhr. (Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.)

Saale-Zeitung.

Siebenunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen, Reklamen die Zeile 75 Pf. Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 448. Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 24. September **1903.**

Die Bedeutung der Tagespresse

wird in unserer Zeit so allgemein anerkannt, daß fast kein Haus zu finden ist, in dem nicht eine Zeitung gehalten und gelesen wird. Leider geschieht die Wahl derselben vielfach noch derart, daß weniger der Inhalt als der Bezugspreis für das Abonnement maßgebend ist, und doch sollte es jeder Hausvater als seine erste Aufgabe betrachten, nur eine Tageslektüre zu wählen, die nicht lediglich nach Sensation strebt, sondern sich auch bemüht zeigt, das Interesse für alle politischen und wirtschaftlichen Fragen wach zu erhalten, die Freude an allem Schönen zu wecken und die Teilnahme an jedweden Bestrebungen, mögen sie nun auf dem Gebiete der Literatur, der Kunst oder der Wissenschaft liegen, zu fördern. Als solches Blatt empfiehlt sich die

„Saale-Zeitung",

die, wöchentlich zwölfmal, auch Sonn- und Feiertags erscheinend, nicht nur unter den Blättern Mitteldeutschlands mit an erster Stelle steht, sondern hinsichtlich ihrer

Reichhaltigkeit, Schnelligkeit und Zuverlässigkeit der Berichterstattung und Sorgfalt bei der Wahl ihres Inhalts

in Anspruch nehmen darf, den Vergleich mit jedem anderen Blatte, selbst mit der vielfach über Gebühr gewürdigten reichshauptstädtischen Presse, aushalten können.

In politischer Beziehung seinem gesunden Fortschritt huldigend und demgemäß in zahlreichen eigenen Artikeln und durchaus selbständiger Arbeit ein erschöpfendes, gut orientierendes Spiegelbild des politischen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Lebens bietend, hält sie im lokalen Teile, der längst als der reichhaltigste und interessanteste aller hiesigen Blätter anerkannt ist, fest an einer vorurteilsfreien und völlig unabhängigen Erörterung aller kommunalen Fragen, und legt nach wie vor großes Gewicht darauf, unter möglichster Ausnutzung des Telegraphen und Fernsprechers nicht nur aus der Provinz, sondern aus allen Teilen des Reiches und der ganzen Welt alle wichtigen Ereignisse auf schnellstem Wege zuverlässig zu berichten. Kunst, Wissenschaft und Literatur fanden von jeher eine liebevolle Pflegestätte in der „Saale-Ztg." und ebenso ist es bekannt, daß der Familienlektüre ganz besondere Sorgfalt gewidmet wird.

Als den laufenden Roman in der Unterhaltungsbeilage

„Frühlingsstürme"

von Paul Oskar Höcker,

der ein psychologisches Problem mit feinem Empfinden für das Seelenleben der Frau fesselnd behandelt und stimmungskräftige Naturschilderungen von der Ostsee enthält, schließt sich im nächsten Quartal an ein großer Roman der bekannten Schriftstellerin Ursula Zoege von Manteuffel, der Verfasserin des Romans „Zur linken Hand", dessen Veröffentlichung in der „Saale-Zeitung" vor einigen Jahren so lebhaftes Interesse erregte. Das neueste Werk der berühmten Schriftstellerin betitelt sich nach dem Helden

Helmuth von Loysen.

Der eigenartige Vorwurf ist mit geschickter Motivierung überraschender Wendungen erschöpfend und spannend ausgeführt. Wie im Herzen eines jungen Offiziers Mitleid mit einem unglücklichen Mädchen, das sich aus drückenden Verhältnissen emporsehnt auf die Höhe einer einst ersträumten glänzenden Künstlerlaufbahn, Liebe wird, ist glaubhaft geschildert. Ueberzeugend ist auch die innere Notwendigkeit des Verzichtes der aus dem Elend Geretteten und vom Gatten dem ihr bisher verschlossenen Vaterhause wieder Zugeführten auf den Besitz jenes edlen Mannes, der sie dem Leben wiedergegeben hat. Aus dieser, erschütternder Tragik führt der Schluß des Romans versöhnend zu glücklichem und Glück verheißendem Frieden. Die Handlungsweise des Helden kann nicht treffender charakterisiert werden, als durch die Schlußworte des Romans, die seine Schwester zu ihm spricht: „Was du getan hast, war groß und gut."

Helmuth von Loysen wird die vollste Sympathie namentlich unserer Leserinnen gewinnen. Ursula Zoege von Manteuffel aber wird sich mit diesem Roman gewiß eine Menge neuer Freunde erwerben. Außer diesen Romanen werden nach wie vor die nicht beliebt gewordenen kleinen Novellen, Skizzen und Essays weiter gepflegt und der speziell der Familie gewidmete Teil auch durch weitere sorgfältige Ausgestaltung der „Blätter fürs Haus" auf seiner bisherigen Höhe gehalten werden.

Ein umfangreicher Handelsteil mit telegraphischen Kursnotierungen und Börsenmeldungen, die in der „Saale-Zeitung" früher als in Berliner Blättern vorliegen, eine Verlosungsliste, sowie die Ziehungslisten der preußischen Klassenlotterie vervollständigen den reichen Inhalt unseres Blattes.

Je frühzeitiger die Bestellungen erfolgen, desto größer ist die Garantie, die für rechtzeitige und pünktliche Lieferung geleistet werden kann. Wir bitten deshalb, die Erneuerung des Abonnements resp. Neubestellungen auf die „Saale-Zeitung" alsbald bei der nächsten Postanstalt und bei den Briefträgern sowie in unserer Expedition bewirken zu wollen.

Die „Saale-Zeitung" ist Publikationsorgan der Königl. Amtsgerichte zu Halle und mehrerer Nachbarstädte, auch veröffentlicht sie die Bekanntmachungen des Magistrats und der Polizei-Verwaltung der Stadt Halle, sowie der Königl. Regierung zu Merseburg und des Königl. Landratsamts des Saalkreises, soweit sie von allgemeinem Interesse sind. Anzeigen jeder Art finden schon wegen der Dichtigkeit der Verbreitung der „Saale-Zeitung" unter dem kaufkräftigen Publikum der Umgegend in ihr die denkbar weiteste und erfolgreichste Wirkung.

Der vierteljährliche Abonnementspreis für die „Saale-Zeitung" mit Einschluß sämtlicher Beiblätter beträgt bei allen Kaiserl. Postanstalten 3,25 Mark, bei unseren Expeditionen 2,50 Mark bei täglich einmaliger, 2,75 Mark bei zweimaliger Zustellung.

Der Verlag der „Saale-Zeitung".

Die Sicherung der Bauforderungen.

Durch die Presse geht die Nachricht, daß der Reichstag sich voraussichtlich in der nächsten Session mit einem Entwurf betreffend die Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker zu beschäftigen haben werde, mit dessen Ausarbeitung das Justizministerium bereits beschäftigt sei. Ob in dieser Form die Meldung zutrifft, muß dahingestellt bleiben. Da es sich um eine reichsgesetzliche Regelung der Frage handelt, dürfte nicht das preußische Justizministerium, sondern das Reichsjustizamt mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs befaßt sein.

Bekanntlich hat das Reichsjustizamt bereits zwei Gesetzentwürfe ausgearbeitet und vor zwei Jahren veröffentlicht. Beide Entwürfe haben lebhafte Kritik in den beteiligten Kreisen gefunden und sind vielfach als geradezu schädlich verurteilt worden. Die Gesetzentwürfe bezwecken, den Baugläubigern den Mehrwert des Grundstücks über den Baustellenwert zu sichern, ohne damit die Rangordnung der Hypotheken nach ihrer Eintragung im Grundbuche anzutasten, wie dies in früheren Entwürfen der Fall war. Es soll durch landesherrliche Verordnung angeordnet werden können, daß für einzelne Gemeinden eine Sicherung der Bauforderungen stattfinde, die erfolgen kann durch Eintragung einer Hypothek und, soweit die der Bauhypothek vorhergehenden Belastungen den Baustellenwert übersteigen, durch Hinterlegung von Geld oder Wertpapieren. Zur Sicherung des Ranges der Bauhypothek soll vor dem Beginn des Baues der Vermerk, daß das Grundstück bebaut werden soll (Bauvermerk), in das Grundbuch eingetragen werden. Von dieser Eintragung ist die Erteilung der Bauerlaubnis abhängig. Außerdem soll der Nachweis geführt werden, daß die dem Bauvermerke vorgehenden Belastungen den Baustellenwert nicht übersteigen oder daß durch die oben erwähnte Hinterlegung Sicherheit geleistet ist. Der Baustellenwert ist durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörde nachzuweisen.

Soweit stimmen die beiden Entwürfe überein. Bei der Feststellung des Begriffs Baugläubiger geht der zweite Entwurf erheblich weiter. Es werden als Baugläubiger nicht nur die an der Herstellung des Bauwerks auf Grund eines Werk- oder Dienstvertrages Beteiligten wegen ihrer Ansprüche auf die in Geld vereinbarte Vergütung bezeichnet, sondern auch die Lieferanten der zur Herstellung des Bauwerkes zu verwendenden Sachen, sofern die betreffenden Verträge von dem Eigentümer der Baustelle oder für dessen Rechnung abgeschlossen worden sind. Dem Eigentümer der Baustelle steht dabei gleich, wer mit dessen Zustimmung den Bau als Bauherr ausführt. Nach diesem Gesetzentwurf soll der Eigentümer vor dem Beginn des Baues dem Grundbuchamt die Erklärung einreichen, aus welcher ersichtlich sind: 1. die Personen der als Baugläubiger anzusehenden Unternehmer des Bauwerks, 2. der Betrag der jedem Unternehmer zu zahlenden Vergütung, 3. die Fristen, in denen die Vergütung zu zahlen ist.

Diese gesetzgeberischen Vorschläge erscheinen, wie in verschiedenen Gutachten sachverständiger Kreise ausgeführt worden ist, unpraktisch und zum Teil unausführbar. Der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten hat seinerzeit in einem ausführlichen Gutachten dargelegt, welchen Schwierigkeiten die geplante gesetzgeberische Regelung begegnen würde. Es ist darauf hingewiesen worden, daß erhebliche Zeitverluste für den Beginn des Baues entstehen würden. Schon bei Abschätzung des Baustellenwerts kann ein zeitraubender Instanzenzug in Frage kommen, wenn diese Abschätzung die Garantie der Richtigkeit einigermaßen bieten soll. Auch nachher, wenn die Gebrauchsabnahme des Grundstücks stattgefunden hat, muß die Regelung der Hypothekenverhältnisse, welche für die Nutzbarmachung der Baugrundstücke von erheblicher Wichtigkeit ist, beträchtlich sich hinausziehen, denn nach der Gebrauchsabnahme hat zunächst die Veröffentlichung binnen einmonatlicher Frist stattzufinden. An diese schließt sich dann die dreimonatliche Frist zur Anmeldung der an der Bauhypothek anteilhabenden Bauforderungen an. Wenn nun gar die einzelnen Forderungen bestritten werden und die Austragung der Streitigkeiten über die Höhe der Vergütung in die Regelung der Bauhypothek selbst hineinverlegt wird, so entspinnt sich ein Kampf aller gegen alle. Aber nicht auf die Sicherung, sondern auf Zahlung kommt es den beteiligten Baugläubigern in erster Linie an. Die dem Baugeldgeber auferlegte Verpflichtung, die Verwendung der gezahlten Raten zur Tilgung von Bauforderungen zu überweisen, macht es den für die Beleihung in erster Linie in Frage kommenden Banken zur Unmöglichkeit, noch fernerhin Baugelder zu kreditieren. Das Auskunftsmittel der Entwürfe, die Möglichkeit, einen Treuhänder zu bestellen, erscheint angesichts der Erfahrungen mit der entsprechenden Einrichtung bei den Hypothekenbanken wenig aussichtsvoll. Die Treuhänder hätten alsdann jederzeit für jeden Bauhandwerker erst Abschätzungen seiner Vorleistungen im Bau vorzunehmen.

Die Offenlegung der Verträge, welche beim Grundbuchamt vor dem Beginn des Baues stattfinden soll, ist undurchführbar, da meist erst nach Vollendung des Rohbaues die Ausbauarbeiten vergeben werden. Da diese Verpflichtung nicht bloß dem Eigentümer, sondern auch denjenigen auferlegt wird, welche die Herstellung einzelner Teile des Bauwerks an andere Unternehmer weiter übertragen, so werden die größeren Baugeschäfte durch Ausführung dieser Gesetzesbestimmungen gezwungen, ihre Geschäftsbeziehungen offenzulegen und ihre Einkäufe der Konkurrenz preiszugeben. Auch darf nicht übersehen werden, daß durch Erschwerung und Verteuerung der Bauten die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses gerade in rasch zunehmenden Orten außerordentlich beeinträchtigt werden würde. Durch die Gesetzentwürfe werden außerdem gerade die kleineren Bauhandwerker von der Beteiligung an der Bauausführung ausgeschlossen. Der Schutz, den das Gesetz diesen geben will, wird sie brotlos machen oder zwingen, unabhängige Stellungen aufzugeben, um abhängige Lohnstellungen bei großen Firmen zu erhalten. Wie weit der neue Entwurf diesen Bedenken Rechnung trägt, bleibt abzuwarten. Jedenfalls bedarf ein Gesetzentwurf, der diese schwierige Frage zu regeln bestimmt ist, sorgsamer und eingehender Prüfung. □

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Das Kaiserpaar wird auch in diesem Herbst einen längeren Jagd- und Erholungsaufenthalt in der ersten Oktoberwoche auf Schloß Hubertusstock nehmen.

— Mit Kaiser Wilhelm hat nach einer Pariser Meldung des „Lokal-Anz." die Königin Mutter Marie Christine von Spanien eine dreistündige Konversation in der Wiener Hofburg gehabt. Der Kaiser lud noch sich für den folgenden Tag zum Tee bei ihr ein. Ihrem Sohne konnte Marie Christine mitteilen, daß Kaiser Wilhelm die Verwirklichung eines längst gehegten Wunsches, dem Madrider Hofe einen Besuch abzustatten, nahergerückt betrachte.

Der Streit geht weiter.

Bebel wird seines Triumphes in Dresden nicht froh. Er ist kaum befriedigt von der Ueberkleisterung des tiefen Risses durch das revolutionäre Pflaster nach Berlin zurückgekehrt, als niemand Geringeres als das Centralorgan der Partei selbst, der „Vorwärts" von neuem an diesem Pflaster herumzerrt, um neue Risse in die Partei zu bringen. Jedermann hat es empfunden, daß der Sieg Bebels nur ein Sieg der Person, aber nicht der Sache war. Es sind unzufriedene Leute genug vorhanden gewesen, die praktische Dinge auf dem Herzen hatten, aber vor dem persönlichen Sichvordrängen Bebels und vor dem persönlichen Erörterungen zu gar keiner Vertretung ihrer Sache kommen konnten. Diese Sachlage wird sogar in England ebenso durchschaut wie bei uns. Die „Times" schreiben: „Die sozialdemokratischen Delegierten haben eine Woche mit bitzigen Diskussionen zugebracht und damit wenig mehr erreicht, als ihrer eigenen Sache zu schaden. Nicht nur die deutschen Arbeiter, sondern auch die noch weit größere Klasse, die mehr oder weniger offen mit den Sozialdemokraten sympathisiert, warteten mit Ungeduld auf irgend ein Anzeichen, daß die Führer den praktischen Wert des Erfolges der Partei bei den Reichstagswahlen erkannten und fähig wären, ihn auszunützen. Sehr wenig wurde über die praktischen Reformen gesagt — Achtstundentag, Frauenarbeit usw. — die auf dem Programm des Parteikongresses verzeichnet standen .... Es ist offenbar, daß viele Sozialisten fühlen, daß eine Gelegenheit ungenützt gelassen wurde, und daß die Partei am Schlusse des Parteitages schwächer und nicht stärker ist." Und das ist auch das Gefühl des „Vorwärts" selbst. Er schreibt:

Es ist die Gefahr hervorgetreten, daß unter dem Persönlichen die Sache erstickt und daß private Angelegenheiten in die Diskussion geworfen werden, die den Sensationslüsternen, aber nicht den Politiker angehen. Ein sachlich eindringliches Referat aber über diesen Komplex von großen Fragen der aktuellen Politik und einer Debatte, an welcher gerade auch die Genossen der praktischen Arbeit zu Worte kommen und ihre Erfahrungen austauschen könnten, hätte dem Parteitage den Charakter der Sachlichkeit aufgeprägt und die Fortarbeit nach dem Siege unmittelbar angeregt und gefördert. Es hätten auch andere Fragen der Agitation und der parlamentarischen Betätigung behandelt werden können; war auch über Arbeiterschutz, Achtstundentag und Versicherungsgesetzgebung nichts völlig Neues zu sagen, so hätte doch die Aufrollung solcher Fragen und die Ankündigung, in dem Kampfe auf diesen Gebieten die vermehrte Kraft der Partei machtvoll einsetzen zu wollen, lauten Widerhall in der Arbeiterschaft gefunden. So unverwüstlich das Vertrauen der Arbeiter in die Sozialdemokratie ist, es wird wahrlich besser erhalten durch sachliches Wirken, als durch erniedrigende Auschuldigungen der führenden Männer widereinander. Zur Bekundung des Klassenkampfes hätte es der heftigen Auseinandersetzungen nicht bedurft, welche ebensovieel Unnötiges, aber keineswegs Erbauendes mit sich brachten. Es sei ein Uebelstand, daß die Parteileitung zuweilen in entscheidenden Momenten überhaupt nicht zu gemeinsamer Beratung zusammentritt. Monatelang sei die Parteileitung nicht versammelt. Das einflußreichste Mitglied derselben weile fern vom Sitze der Parteileitung und des Centralorgans der Partei. Um zu der Annahme dieser Resolution zu kommen, durfte manches herbe Wort erspart werden, denn weder ist es erbaulich, noch ist nötig, daß die einen unserer Führer als Zerrütter der Parteigrundlagen und als Auslieferer des Proletariats an die Bourgeoisie, daß die anderen als eigenmächtige Diktatoren bezeichnet werden. In der Arbeiterwelt wird Vertrauen zu den Führern und Freudigkeit zum Kampfe so nicht gestärkt.

Ebenso klingt es aus anderen sozialdemokratischen Blättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19030924022/fragment/page=0001

Natürlich fühlt sich von der Vorwärtskritik der Triumphator von Dresden, Bebel, in erster Linie getroffen. Er reagiert ebenso wie sein Freund Kautsky, denn auch sofort. Beide schicken dem „Vorwärts" Erklärungen. Bebel klagt, daß der Artikel „einen bedauerlichen Mangel an Erkenntnis der treibenden Kräfte und der Ursachen verrate, die diesen Diskussionen zu Grunde liegen".

„Der Artikel fordert nach verschiedenen Richtungen zu scharfem Widerspruch heraus. Ich verzichte darauf, weil sich keine Neigung habe, nach eben erst geschlossenem Parteitag die Diskussion über Taktik, Revisionismus rc. von neuem aufzunehmen. Das kommt später ganz von selbst wieder. Nachdem ich auf dem Dresdener Parteitag von den einen als „Diktator" denunziert wurde — obgleich mir niemand diese neue Würde eingeräumt hat und ich kein Recht besitze, sie mir zu nehmen —, andere mich als „Schulmeister" brandmarkten, dritte mich wieder als politischen Erzieher für sich reklamierten, möchte ich es im Interesse unserer Sache und speziell meiner Person für sehr geboten erachten, etwas mehr Maß in der Beurteilung der Rolle, die einer von uns spielt, eintreten zu lassen. Ich werde sonst wieder angeklagt, wo mich kein Verschulden trifft."

In der Tat steht der persönliche Streit in Dresden in grellem Widerspruch zu der praktischen Arbeit, wie sie gerade jetzt die italienischen Genossen zum wirklichen Arbeiterwohl in die Hand genommen haben. Auch in der deutschen Sozialdemokratie wird die praktische Richtung, wie sie sich bereits im Zentralorgan breit macht, sich von der Bebelschen Diktatur niemals unterdrücken lassen. Bebel fühlt das bereits selbst. Es wird sich wohl bald zeigen, in welchem Umfange die Genossen unter dem Druck der Massen in Dresden Komödie gespielt haben und, von diesem Druck befreit, alsbald so tun werden, als wäre in Dresden nichts geschehen. *,*

In den Beschwerden gegen Gouverneur Solf.

Eine Reihe deutscher Pflanzer auf Samoa hatte sich, wie wir s. Z. ausführlich berichteten, bitter über die Verwaltung des Gouverneurs Solf beschwert, der die Eingeborenen einseitig begünstige und damit die wirtschaftliche Weiterentwicklung der Kolonie hemme. Die in Apia erscheinende „Samoanische Zeitung" feiert nun jetzt den dritten Gedenktag der Annexion Samoas, den 14. Aug., mit einem Artikel, in dem sie über die Gründe, die Dr. Solf zu seiner Begünstigung der Eingeborenen bestimmen, folgendes ausführt:

Als die deutsche Herrschaft über die samoanischen Inseln erklärt wurde, befand sich das Land, außerhalb der Municipalität, teilweise noch im offenen Aufruhr, überall aber herrschte Anarchie und die Willkür einiger mehr oder weniger mächtigen Häuptlinge oder Sprecher. Der erste Schritt zur Einführung friedlicher Zustände war die Abschaffung der sogenannten Treizehn, die das Land außerhalb der Municipalität ein ganzes Jahr lang terrorisiert hatten. Dann mußte mit der samoanischen Königswirtschaft gebrochen werden. Die weitere Aufgabe war, die innere Verwaltung der Inseln zu organisieren, die beiden Parteien der Malietoa- und Mataafaleute miteinander auszusöhnen. Als der Gouverneur sich an diese Aufgabe heranmachte, glaubte niemand, selbst die alten Ansiedler waren sehr skeptisch, daß es ihm gelingen würde, ohne Anwendung großer Machtmittel die Samoaner wirklich zu unterwerfen, und als das einzige damals anwesende Kriegsschiff den Hafen verließ, wurden viele Stimmen laut, die den Gouverneur des Leichtsinns ziehen, die Sicherheit der weißen Bevölkerung aufs Spiel zu setzen. Der Gouverneur ließ sich aber nicht beirren. Er arbeitete im stillen weiter. Am 14. August 1900 verkündete er in Multuum den versammelten Häuptlingen aller Distrikte der Inseln, daß nunmehr eine samoanische Verwaltung von ihm eingerichtet sei. Nun reiste der Gouverneur im Lande herum und überraschte die Weißen plötzlich mit der Nachricht, daß die Eingeborenen gegen 2000 Gewehre abgeliefert hatten. Seitdem ist die friedliche Entwicklung der Eingeborenen-Verhältnisse stetig fortgeschritten und hat für die Macht des Gouvernements, insonderheit des Gerichts, bis in die entferntesten Winkel unserer Insel ausgedehnt. Wenn gegenwärtig von einer mißvergnügten Clique behauptet wird, daß immer noch eine Menge von Waffen im Lande seien, und daß die Samoaner an Unverschämtheit zugenommen hätten, so sind diese in die heimische Presse gelangten Angaben grobfahrlässige oder bewußte Entstellungen der Wahrheit (?) Der beste Beweis, daß die Verwaltung an Macht und Vertrauen zugenommen hat, dürfte die Tatsache sein, daß in diesem Jahre 85 v. H. mehr Kopfsteuern eingegangen sind als in den drei Vorjahren.

Es scheint, daß die Zeitung hier das Sprachrohr Dr. Solfs ist, der zunächst völlige Ruhe unter der samoanischen Bevölkerung herstellen wollte, was ihm anscheinend vorzüglich gelungen ist. Ob es aber des halb nötig ist, die Eingeborenen in der Weise, wie es geschehen, zu bevorzugen und die deutsche Paragraphenreiterei auf Samoa zu übertragen, sei dahingestellt. Denn es ist in der Tat demütigend, bei brutaler Mißhandlung durch einen samoanischen Polizisten des Widerstandes gegen die „Staatsgewalt" und der „Beamtenbeleidigung" angeklagt zu werden. Und wenn sich Solf bei tätlichen Angriffen von Samoanern auf Deutsche nicht auf die Seite dieser, sondern auf die der Samoaner stellt, die angeblich gereizt wurden, so muß das mit Recht Erbitterung unter den Deutschen erzeugen. Vielleicht hat sich aber Solf damals durch weitgehende Versprechungen bezüglich ihrer persönlichen Freiheit gegenüber den Samoanern gebunden, als sie ihre Waffen ablieferten, und tritt deshalb jetzt bei jeder Gelegenheit auf ihre Seite, um sich ihr Vertrauen nicht wieder zu verscherzen. In diesem Falle wäre ja eine augenblickliche Begünstigung der Samoaner erklärlich. Auf die Dauer aber würde eine solche Besserstellung der Eingeborenen gegenüber den Deutschen unerträglich werden müssen. Gewiß sind spanische und englische Kolonien gerade durch Zurücksetzung der Einheimischen verloren gegangen und dem Gouverneur mögen dabei Beispiele spanischer Kolonien vorschweben. Aber der große Unterschied ist nur der, daß die Einheimischen dort ebenfalls Weiße waren, die den Farbigen im Lande genau so als Fremde gegenüberstanden wie heute die Deutschen den Samoanern. Wenn jetzt eine samoanische Verwaltung geschaffen würde, die dauernden Uebermut unter den Samoanern erzeugte, so müßte zum Schaden der wirtschaftlichen Entwicklung die Mißstimmung unter den Deutschen chronisch werden. Wie weit die hauptsächlich im Pflanzerverein bestehende Mißstimmung geht, das läßt sich leider vorläufig nicht übersehen. Bei Erledigung des Kolonialetats im Reichstag wird es deshalb dringend nötig sein, einmal klares Licht über die ganze Angelegenheit zu verbreiten. *,*

* * *

Die gestern aus Samoa in Berlin eingetroffene Post bringt die Nachricht, daß der größte Teil der Differenzen, die zwischen Gouverneur Solf und verschiedenen Ansiedlern bestanden, durch gegenseitiges Entgegenkommen erledigt sei. Die Angelegenheit der Chinesen-Einfuhr und -Bezahlung sei zur Zufriedenheit aller Beteiligten geregelt. Direktor Deeken vom Pflanzerverein habe im Interesse des allgemeinen Friedens es für angebracht gehalten, den Vorsitz im Pflanzerverein zu Apia niederzulegen. Ob damit dauernd alle Differenzen beigelegt sind, bleibt abzuwarten.

Ueber den Stand des Volksschulwesens im Deutschen Reiche

finden sich zum ersten Male Angaben in dem neuesten Bande des „Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich." Darnach sind, abgesehen von den mecklenburgischen Schulen, über die kein Material vorliegt, vorhanden gewesen im Jahre 1901/02 58,164 öffentliche Volksschulen mit 122,145 Lehrern und 22,339 Lehrerinnen. Besucht wurden diese Schulen von 8,829,812 Schülern. Dazu kommen noch 614 Privatschulen mit Volksschulziel, die 39,789 Schüler zählten. Mit Ausschluß von Mecklenburg-Schwerin wurden danach im ganzen Reiche in 58,778 Schulen 8,869,611 Kinder unterrichtet. Nimmt man für Mecklenburg-Schwerin ähnliche Verhältnisse wie für Mecklenburg-Strelitz an, so kommt man auf rund 60,000 Volksschulen mit rund 9,000,000 Schülern. Da nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 im ganzen Reiche ca. 9,800,000 Kinder im schulpflichtigen Alter vorhanden waren, so erhalten über neun Zehntel derselben ihren Unterricht in den Volksschulen. Die Kosten für die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen beliefen sich auf 412,886,000 M., wovon 120,357,000 M. aus Staatsmitteln flossen. Auf eine Lehrkraft im Reiche kommen 61 Schüler, und von den gesamten Schulkosten fielen auf einen Schüler im Reiche 47 M.

In Preußen gab es im Jahre 1901 36,756 öffentliche Volksschulen, an denen 76,342 Lehrer und 13,866 Lehrerinnen Unterricht erteilten. Die Zahl der Schüler betrug 5,670,870. Die Aufwendungen für die öffentlichen Volksschulen beliefen sich auf 269,917,000 M., davon wurden aus Staatsmitteln 73,066,000 Mark gedeckt. Auf einen Lehrer kamen in Preußen 63 Schüler. Das Verhältnis ist also etwas ungünstiger wie im Reiche, weist aber gegen früher eine erhebliche Verbesserung auf. Während im Jahre 1886 nur etwa 54 Proz. aller Volksschüler unter normalen Verhältnissen unterrichtet wurden, war diese Ziffer 1901 auf 77,85 Proz. gestiegen. Dementsprechend haben natürlich auch die Unterhaltungskosten eine Steigerung erfahren. Sie betrugen 1886 rund 186 Millionen Mark, 1901 begannen rund 270 Millionen Mark. Im Durchschnitt kamen 1901 auf jeden Schüler 48 M. Unter diesem Durchschnitt bleiben die Provinzen Posen (35 M.), Westpreußen (38 M.), Ostpreußen (39 M.), Schlesien (39 M.), Pommern (43 M.), Sachsen (44 M.) und Westfalen (47 M.). Erheblicher über dem Durchschnitt stehen Hohenzollern mit 58 M. und Hessen-Nassau mit 60 M., während Berlin mit 95 M. Ausgabe für einen Schüler an der Spitze aller Gemeinwesen im Reiche steht. *

Politisches.

— Ueber den Ruck nach links bei den preußischen Landtagswahlen wird dem „Hannov. Cour." aus nationalliberalen Abgeordnetenkreisen geschrieben:

Es entspricht durchaus den Verhältnissen, wenn bei der diesmaligen Wahlbewegung die liberalen Parteien so viel wie möglich zusammenzugehen suchen. Symptome für diese Annäherung bilden die Vorgänge in den Wahlkreisen Elberfeld und Mettmann-Lennep. In beiden haben die Nationalliberalen die Verbindung mit den Konservativen aufgegeben und mit den Freisinnigen ein Kompromiß geschlossen. Es bricht sich mehr und mehr die Ueberzeugung Bahn, daß es notwendig ist, den Konservativen möglichst viel Abbruch zu tun, um zu verhindern, daß sie im nächsten Landtage die absolute Mehrheit bekommen.

Wo die Kanal- und die Schulfragen, auf die es in erster Linie im Landtage ankommt, von der konservativ-klerikalen Mehrheit im rückschrittlichen Sinne behandelt werden, ist es für die Nationalliberalen dringend nötig, diesmal das Paktieren nach rechts zu unterlassen.

— Einen Ausschuß der Eisenbahnarbeiter hat Minister Budde am Montag bei seinem Besuche in Osnabrück empfangen. Der Ausschuß trug dem Minister eine Reihe von Wünschen vor; sie erstreckten sich auf Lohnverhältnisse, Krankenfürsorge und Versorgung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit, sowie auf die Versorgung der Witwen und Waisen der Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter. Der Ausschuß wies darauf hin, daß auch den Eisenbahnarbeitern ein sicherer, auskömmlicher und mit dem Dienstalter periodisch steigender Lohn gewährt werden müsse. Betonders ständen in Osnabrück die Lohnverhältnisse gegen andere Plätze weit zurück, trotzdem das Leben hier so teuer sei wie in Großstädten. Der Minister beauftragte sofort den anwesenden Eisenbahndirektions-Präsidenten, Untersuchungen über die Lohnverhältnisse der Eisenbahnarbeiter im Vergleich mit denen der Arbeiter in den hiesigen Privatwerken anzustellen und ihm darüber Bericht zu erstatten. Auch betreffs der gewünschten besseren Krankenfürsorge ordnete der Minister Untersuchungen an. Bezüglich der Bitte um Bewilligung eines jährlichen Urlaubs ohne Lohnabzug und Gewährung von Freifahrtscheinen bemerkte der Minister, daß diese Frage gegenwärtig im Ministerium erwogen würde und daß er dafür Sorge tragen wolle, daß auch diese Wünsche der Eisenbahnarbeiter möglichstes Entgegenkommen finden. Von Osnabrück fuhr der Minister nach Helgoland. Dort beschtigte er die fertiggestellten Versuchsschutzwerke an der Westseite des Felsens. Der Aufenthalt in Helgoland ist auf einige Tage bemessen. Auf der Rückfahrt von dort gedenkt der Minister die Stadt Altona zu besuchen.

— Der Kaiser hat sich mit der Arbeiter-Deputation in Danzig nach der bereits mitgeteilten Ansprache noch längere Zeit zwanglos unterhalten. Nach der „Danz. Ztg." erkundigte er sich u. a. bei den Arbeitern, ob die Danziger Wohnungsverhältnisse gut seien und wie hoch die Miete komme. Herr Urban sagte, daß er für eine Wohnung mit einem kleinen Zimmer 16,50 M. zahle. „Das ist noch zu teuer für Arbeiter", erwiderte der Kaiser und fragte den Oberwerftdirektor, ob in Danzig etwas für den Bau von Arbeiterwohnungen getan werde. Auf die Antwort, daß hier Baugenossenschaften gegründet und tätig seien, bemerkte der Kaiser: „Aber auch gesunde Wohnungen und möglichst in der Nähe der Arbeitsstätten." Weiter erkundigte sich der Kaiser, ob für die Arbeiter auch ein ordentlicher Speisesaal mit Wärmevorrichtungen vorhanden seien, um das Mittagessen aufzuwärmen. Er habe jetzt solche Einrichtungen gesehen, die sehr praktisch seien. Die Frau brauche dann nicht Mittag tragen, sondern könne zu Hause bleiben und etwas anderes in der Familie machen. Der Arbeiter habe einen ebenso feinen Magen wie wir und esse Eisbein auch lieber, wenn es warm ist. Der Oberwerftdirektor antwortete, daß solche Einrichtungen vorhanden seien und noch weiter ausgebaut werden sollten. Der Kaiser erkundigte sich dann nach den Danziger Hauptgerichten und wie sie zubereitet würden. „Pomuchel in Senfsauce" war die Antwort.

— Eine Begegnung Kaiser Wilhelms mit dem Zaren wird in Wiesbaden vorbereitet. Die Zusammenkunft soll in den ersten Tagen des Oktobers stattfinden.

Verwaltung und Rechtspflege.

— Die wilden Strafen gegen die Beamten des Strafgefängnisses in Hannover, die beschuldigt waren, unbefugt dem Prinzen Prosper von Arenberg verschiedene Vergünstigungen gewährt zu haben, werden jetzt damit begründet, daß die Vorgesetzten die Vergünstigungen veranlaßt haben. Die „Voss. Ztg." wird berichtet:

Die Angeklagten verteidigten sich damit, daß das, was sie getan oder geduldet hätten, zum Teil von ihren Vorgesetzten angeordnet oder geduldet worden sei. Es hatte gar nicht in ihrer Macht gelegen, die dem Prinzen zuteil gewordenen Vergünstigungen zu verhindern. Der Prinz durfte z. B. nach Belieben Spaziergänge im Verwaltungsgebäude unternehmen, der Aufseher mußte den gefangenen Prinzen auf dessen Wunsch zu jeder Tageszeit aus der Zelle lassen. Diese Verordnung war getroffen mit Rücksicht auf das „Herzklopfen", von dem der Prinz angeblich des öfteren befallen sein soll. Der Gefangene hat aber nicht nur am Tage, sondern auch des Nachts Herzklopfen bekommen, und die Aufseher, die eine besondere Vorschrift für das Verhalten bei Nacht nicht erhalten hatten, haben keinen Anstand genommen, dem Prinzen auch des Nachts die Vergünstigung der freien Bewegung außerhalb der Zelle zu gewähren. Die Hilfsaufseher gingen dann dazu über, ihm eigenmächtig weitere Vergünstigungen einzuräumen. Diese Hilfsaufseher sind, wie schon früher gemeldet worden ist, kurzerhand aus dem Dienst entlassen worden. Interessant ist auch die Feststellung, daß für das Gefängnispersonal die Anordnung bestand, den Strafgefangenen Arenberg mit „Durchlaucht" anzureden. (!)

Nachdem die Unterbeamten bestraft sind, wird es nötig sein, auch ihre Vorgesetzten zur Rechenschaft zu ziehen, die Sr. Durchlaucht ihre Sonderstellung im Gefängnis verschafft haben.

Koloniales

— Zur Frage der Burenansiedlung in Deutsch-Südwestafrika wird der „Nationalztg." aus Windhoek unterm 15. August geschrieben: Vor einigen Tagen sprach eine Abordnung von Buren beim Gouverneur vor, um sich Auskunft über Ansiedlungsverhältnisse geben zu lassen. Die vier Buren erzählten von großen Treks-Gesinnungsgenossen, die auch in Südwestafrika sich ansiedeln wollten. Als er nun an die bezüglichen Fragen ging, stellte es sich heraus, daß die Leute genau dasselbe wollen, wie unzählige „Deputaties" vor ihnen, nämlich: alle Rechte, die jeder Deutsche für sich in Anspruch nehmen kann, aber keine Uebernahme von Pflichten. In erster Linie verbehlenen sie die allgemeine Wehrpflicht, ihre Söhne sollen frei sein davon; wenn es zum Schießen käme, wollten diese, auch ohne den vorher erhaltenen Drill, ihre Gewehre in unseren Dienst stellen. Ferner wünschen sie die Erlaubnis zur Anlage rein burischer Dörfer, in deren Mitte eine reformiert-niederdeutsche Kirche, eine Unterstützung vom Staat zum Halten eines Holländisch lehrenden Schulmeisters, Ansiedlungsbeihilfen an Geld oder Vieh. Soweit nicht das Interesse des Staates oder des Deutschtums mit ihren Forderungen kollidierte, erhielten die Leute zusagende Antworten; sehr bedrückt schienen sie aber, daß die Wehrpflicht ihren Söhnen nicht erspart bleiben könnte. Nach den bisherigen Erfahrungen wird diese ganze Konferenz, wie fast alle bisher erfolgten, leider auch ohne Ergebnis bleiben.

Ausland.

Die Armeekrise im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Im österreichischen Abgeordnetenhause ergriff gestern der Ministerpräsident v. Körber das Wort. Er bedauert zunächst, daß die Regierung gezwungen wurde, zur geordneten Fortführung der Verwaltung den § 14 (Regierung ohne Parlament) anzuwenden und erörtert sodann die Gründe der gegenwärtigen Tagung. Der Ministerpräsident bezeichnet sodann einige der ungarischen Forderungen als diskutabel. Dazu gehöre aber keinesfalls die Aenderung der Kommando- oder Dienstsprache. (Zustimmung.) Der Wille des Kriegsherrn sei, daß die Armee der österreichisch-ungarischen Monarchie bleibe, wie sie ist, gemeinsam, einheitlich und in allen ihren Grundlagen unversehrt. (Lebh. Beifall.) Die Zurückbehaltung der Mannschaften des dritten Jahrganges bis Ende Dezember sei seit 25 Jahren bei verschiedenen Truppenteilen, namentlich im Okkupationsgebiet und Süddalmatien nach Bedarf zur Anwendung gekommen. Angesichts der gesamten politischen Lage habe die Regierung an eine Schwächung der militärischen Bestände nicht denken können, und so habe sich die Kriegsverwaltung entschlossen, eventuell auch in der diesseitigen Reichshälfte die drittjährigen Mannschaften unter den Waffen zu behalten, wobei sie keinen Augenblick die Härte der geplanten Maßregel übersehen habe. Die Regierung beanspruche nur ein Kontingent nach dem Ausmaß der vergangenen Jahre, solange die Erhöhung des Kontingents nicht auch in Ungarn bewilligt werde. Er empfehle deshalb die rascheste Annahme der Vorlage, zumal alle Vorbereitungen getroffen seien, damit unmittelbar nach der Beschlußfassung des Hauses die Entlassung des dritten Jahrganges erfolgen könne. Jede Verzögerung in der Behandlung dieser Vorlage würde daher nur die Verlängerung der Dienstpflicht der Dienenden zur Folge haben. (Lebh. Beifall. Lärmende Zwischenrufe seitens der Tschechen.) Das Haus werde während der kurzen Tagung sich auch mit unaufschiebbaren Notstandsfragen beschäftigen müssen, es habe aber in den wenigen Tagen eine Aufgabe, für deren Lösung ihm der Dank der Bevölkerung sicher sei. (Lebh. Beifall. Widerspruch und Lärm seitens der Tschechen.) Der Antrag des Abg. Pernerstorfer auf Eröffnung der Debatte über die Erklärung des Ministerpräsidenten wird abgelehnt. Im Einlauf des Abgeordnetenhauses befindet sich eine Interpellation des Abg. Sylvester an den Ministerpräsidenten, in der der Ministerpräsident befragt wird, ob er von der Ausübung des Vetorechtes bei der Papstwahl sowie von der vom katholisch-politischen Volksverein dagegen beschlossenen Protestentschließung Kenntnis habe.

Zum Zarenbesuch in Wien.

Der österreichische und der russische Kaiser werden am 1., 2. und 3. Oktober im Neuberger Revier in Obersteiermark auf Gemsen und Hochwild jagen. In ihrem Gefolge werden ihre Minister des Aeußeren sich befinden. Für die Sicherheit wird mit Rücksicht auf den Zar in diesen sonst so sicheren Gegenden umfassend gesorgt. Zahlreiche Gendarmerie besetzt schon jetzt die wichtigen Punkte; Brücken und Wege werden genau untersucht; es sollen etwa wieder gefährliche Anarchisten aus Italien plötzlich verschwunden sein.

Am 3. Oktober kehrt Kaiser Nikolaus von der Jagd direkt nach Darmstadt zurück, ohne in Wien Aufenthalt zu nehmen.

Streit Pelletan-Maréchal.

Der ziemlich bejahrte französische Marineminister Pelletan ist bekanntlich mit einer Dame verheiratet, die sehr viel jünger ist als er. Es scheint, daß diese Tatsache in einen Konflikt hineinspielt, den er jetzt mit dem Admiral Maréchal hatte, dem früheren Chef des ostasiatischen französischen Geschwaders. Das Marineministerium verweigert Auskünfte über die neue Lesart des Streitfalles zwischen Pelletan und dem Vizeadmiral Maréchal. Dieser zufolge soll Maréchal einen Seeoffizier, um dessentwillen sich eine junge Dame unter für ihn unehrenvollen Umständen getötet hatte, vor eine Untersuchungskommission gestellt und nach Frankreich zurückgesandt haben. Pelletan habe hierauf eine Mahnung an Maréchal geschickt, sich nicht um das Privatleben seiner Offiziere zu kümmern, und dann eine grobe Antwort er-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19030924022/fragment/page=0002

halten. Der Marineminister Pelletan hat darauf dem Präsidenten Loubet eine Verfügung zur Unterschrift vorgelegt, durch die dem Admiral Maréchal der Abschied erteilt wird.

Der Freihandel in England.

Der Anfang zu den Kämpfen um den Freihandel, in denen Exminister Chamberlain die Führung übernehmen will, hat bereits begonnen. Der bisherige Finanzsekretär im Schatzamt, Arthur Elliot hat in Beantwortung eines an ihn gerichteten Briefes erklärt, er stimme vollständig mit den freihändlerischen Anschauungen Ritchies überein, der es als unmöglich empfunden habe, länger ein Amt in einer Regierung zu bekleiden, welche sich mehr und mehr der Schutzzollpolitik zuwende. Er hätte sein Amt nicht behalten können, ohne die Selbstachtung völlig zu verlieren. Es sei die Zeit gekommen, wo man sich für oder gegen die Politik der Besteuerung der Einfuhr von Nahrungsmitteln, wie Getreide, Fleisch, Butter usw. entscheiden müsse; dies werde, obgleich man es für den Augenblick vertagt habe, die schließliche Hauptfrage sein. In Bezug auf Vergeltungszölle und handelspolitische Handlungsfreiheit stimme er insofern mit der Flugschrift Balfours überein, als er der Ansicht sei, daß die Regierung Freiheit haben soll, jeden Fall bei seinem Auftreten nach Lage der Sache zu erwägen und das Vorgehen, das sie für richtig halte, vorbehaltlich der Genehmigung durch das Parlament, einzuschlagen. Schließlich spricht Elliot die Hoffnung aus, daß ihm das Vertrauen seiner Wähler bei den allgemeinen Wahlen, die nicht fern sein können, erhalten bleiben werde.

Setzerstreik in Moskau.

In Moskau ist am Dienstag ein Streik der Zeitungssetzer ausgebrochen. Die Ausständigen fordern Einschränkung der Arbeitszeit, Sonntagsruhe und eine 20prozentige Lohnerhöhung. Die Zeitungsdruckereien werden von Gendarmen und Polizisten umgeben, um die arbeitenden Setzer von den Ausständigen zu trennen. Bei einigen Zeitungen ist die Arbeit am Dienstag wieder aufgenommen worden. Die Druckereibesitzer sind zu einer Beratung zusammengetreten. Dort wurden die Forderungen der Setzer als maßlos bezeichnet. Einige Stimmen verlangten administratives Eingreifen. Verschiedene Zeitungsherausgeber sind bereit, einzelne Forderungen zu bewilligen. Die Ausständigen verweigern jedoch Einzelabmachungen und fordern gemeinsame Abmachungen aller Arbeitgeber. Gestern sind nur drei Zeitungen erschienen.

Ueber die Lage in Serbien

schreibt, wie uns aus London berichtet wird, der Belgrader Korrespondent der „Times“ unter dem 19. September, daß die erste Frucht der Militärverschwörung, die mit der Ermordung des Königspaares endete, in Serbien eine Korruption und Tyrannei gezeitigt hat, die schlimmer sind, als alles vorhergegangene. Die höchsten Posten im Zivildienste wie in der Armee befänden sich in den Händen der Clique der Königsmörder, welche die Schlüssel des Arsenals und des Staatsschatzes in Händen hielten und jeden mit dem Untergang bedrohten, der ihre Wege kreuzen wollte. Der König sei von ihnen umgeben und beherrscht, und die besten Patrioten hätten die Hoffnung aufgegeben, daß es ihm gelingen werde, sich von dieser seiner Umgebung freizumachen. Von dem Minister Gantschitz, in dessen Haus das Mordkomplott ausgebrütet wurde, und der die geheimen Unterhandlungen mit König Peter führte, wird ganz offen in der Presse behauptet, daß er einen inkriminierenden Brief besitze, der den König ganz in seine Hand liefere und sich für die Verschwörer schon sehr nützlich erwiesen habe. Es heißt dann weiter: „Einer der Minister äußerte sich mir gegenüber über die Lage in der folgenden Weise: Europa irre sich, wenn es glaube, daß die serbische Regierung sich in den Händen einer militärischen Clique befinde. Es sei nur ganz natürlich, daß die Offiziere, die alle Gefahren auf sich luden und die Revolution durchführten, jetzt wichtige Posten bekleideten, denn dies sei der Wunsch des Volkes, das seine „Retter“ entsprechend belohnt zu sehen wünsche. Oliver Cromwell habe sich auch nicht ins Privatleben zurückgezogen, nachdem er König Karl I. hatte hinrichten lassen. Soweit der Minister. Es scheint aber, daß die Königsmörder einzusehen beginnen, daß sie zu weit gegangen sind. Oberst Mischitz rühmt sich nicht länger offen seiner persönlichen Teilnahme an der Ermordung, und er bemühte sich, mir deutlich zu machen, daß er auf der Szene erst erschien, als alles vorüber war. Er erklärte mir weiter, daß die neue Verschwörung unter den Offizieren nur das Werk einiger jungen törichten Männer sei (?), die für einige Monate eingesperrt gehalten würden und von denen man dann weiter nichts zu hören bekomme. Er ließ aber die Tatsache unerwähnt, daß die Regierung sich fürchtete, die älteren mitverschworenen Offiziere zu verhaften, um nicht offenbar werden zu lassen, wie weitverzweigt die neue Verschwörung sei. Die Art und Weise, wie er sich durchwand, seine Nervosität und seine offenbare Verlegenheit standen im grellen Widerspruch mit seinen Versicherungen. Sein Uebertritt zur Militärschule, die Urlaubsreise des Obersten Maschin und der Umstand, daß Leschanin seine Stellung als Hofmarschall antreten durfte, zeigen deutlich, daß die Königsmörder es für notwendig befunden haben, ihre anmaßende Haltung zu mäßigen. Serbien leidet aber an einem auffälligen Mangel an starken Männern mit achtenswertem Charakter und mit Spannung muß man erwarten, ob sich jemand finden wird, gegen die herrschende Clique aufzutreten, und welches Schicksal König Peter erwartet.“ Derselbe Korrespondent berichtet weiter, daß König Peter den türkischen Gesandten versichert habe, er habe nicht die geringste Absicht, Krieg gegen die Türkei zu führen, was sehr glaubwürdig erscheine, da die im serbischen Generalstab herrschende Anarchie vollständig genüge, Serbien davon abzuhalten, für lange Zeit mit irgend jemand Krieg zu führen. — Der Belgrader Korrespondent der „Morning Post“ berichtet dagegen, daß ihm ein serbischer Staatsmann versichert hätte, sobald Bulgarien den Tanz gegen die Türkei anfange, werde Serbien und Montenegro mit eingreifen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es Rußland wünsche. „Der Fürst von Montenegro,“ fuhr der Staatsmann fort, „ist ein gutbezahlter und gehorsamer Diener Rußlands und wartet nur auf die Befehle von Petersburg. Fürst Ferdinand und die bulgarische Regierung würden es beide zusammen nicht wagen, auch nur 24 Stunden unabhängig von Rußland zu handeln.

Unter dem Vorsitz des Königs fand gestern in Belgrad ein Ministerrat statt, in dem der Termin für die Einberufung der Skupschtina auf den 28. d. M. festgesetzt wurde. Hierauf gab die Regierung, wie gemeldet, ihre Entlassung. König Peter nahm sie an. Das Kabinett wird die Geschäfte bis nach dem Zusammentritt der Skupschtina fortführen. Erst dann wird die Bildung des neuen Kabinetts erfolgen.

Die Ausschreitungen der türkischen Truppen.

Zur Untersuchung der von den Truppen begangenen Ausschreitungen in dem Dorfe Evkarion (türkisch Hedie) wurde in Adrianopel eine Kommission, bestehend aus dem Truppeninspekteur Schukri Pascha, dem in außerordentlicher Mission dort weilenden kaiserlichen Adjutanten Schakir Pascha und dem Obersten Ahmed Bey, eingesetzt. Eine zweite, aus 6 Mitgliedern, darunter einem Christen, bestehende Offiziers- und Beamtenkommission wurde an Ort und Stelle entsandt. Die Kommission dürfte auch mit der Untersuchung der in anderen Dörfern vorgekommenen Plünderungen betraut werden.

Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus Sofia hat das bulgarische Kriegsministerium eine neue Lieferung von 1000 Pferden bestellt, es setzt also die Kriegsrüstungen gegen die Türkei fort.

Die Amerikaner in Abessynien.

Die Amerikaner arbeiten krampfhaft an der Ausdehnung des Absatzgebietes für ihre Industrie. Sie wollen jetzt auch in Afrika Fuß fassen. Dazu geht, wie wir berichteten, der Generalkonsul in Marseille Skinner nach Abessynien. Der Generalkonsul erklärte, der Zweck der Mission, die das Staatsdepartement ihm zu übertragen im Begriffe sei, bestehe darin, Handelsbeziehungen für die Vereinigten Staaten zu schaffen, wo solche noch nicht bestehen, und sie überallhin auszudehnen, z. B. nach Abessynien, wo amerikanische Waren bisher nur in beschränktem Maße Eingang fanden. Seine Aufgabe sei, die Bedingungen zu sichern, unter denen Handel getrieben werden kann, und so dem Handel der Vereinigten Staaten Gelegenheit zu geben, sich auszudehnen.

Frankreich.

Der frühere Präsident der englischen Handelskammer in Paris, Barclay, begibt sich nächsten Sonnabend nach Paris, um für einen Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und England Propaganda zu machen. Er wird vom Präsidenten der Handelskammer und vom Gemeinderat empfangen werden; auch soll ihm zu Ehren ein Festmahl veranstaltet werden.

Italien.

— Der Streit zwischen den Kohlenhändlern und Arbeitern im Genuaer Hafen ist vorläufig beigelegt. Die Kohlenhändler haben sich der Auslegung der Arbeitsordnung durch das Consorzio zunächst gefügt. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen.

Marokko.

— Aus glaubwürdiger Quelle verlautet, daß alle europäischen im Dienste des Sultans stehenden Beamten diese Woche Fez verlassen müssen. Sie beabsichtigen nach Tanger zu gehen, wo sie so lange bleiben wollen, bis die endgültige Entscheidung des Sultans bekannt sei.

Gerichtsverhandlungen.

* Ulm, 22. Sept. Eine Soldatenmißhandlung mit tödlichen Folgen beschäftigte hier das Kriegsgericht der 27. Division. Am 3. Juni d. J., abends kurz vor 9 Uhr, kam der Unteroffizier Bunz von der 10. Kompagnie des Grenadier-Regiments Nr. 123 auf der Suche nach einem abhanden gekommenen Tornister in die Stube des Gefreiten Hils und warf diesem aus Wut darüber, daß er lachte, ein Kochgeschirr an den Kopf. Hils hatte sich lediglich über eine scherzhafte Aeußerung eines Kameraden lustig gemacht, während Bunz das Lachen auf sich bezog. Der Gefreite trug eine ca. 3 cm lange und bis auf den Knochen reichende Wunde am linken Scheitelbein davon und starb schließlich an der Kopf- und Wanderrose, die sich über den Kopf und den ganzen Rücken verbreitet hatte. Vorher gab er noch im Beisein seines Vaters an, daß er von Bunz vorsätzlich verletzt worden sei. Er habe bis dahin fälschlicherweise angegeben, der Unteroffizier habe ihm nur aus Fahrlässigkeit das Kochgeschirr an den Kopf geworfen, weil ihm nahegelegt worden sei, so auszusagen, um die Ehre der Kompagnie zu retten, und weil er den Unteroffizier schonen wollte. Der Kompagniechef, Hauptmann Lutz, und der Feldwebel, die als Zeugen befragt wurden, ob sie Hils oder andere Personen zu beeinflussen versucht hätten, stellten dies entschieden in Abrede. Nach Ansicht der militärischen Sachverständigen ist die Kopfverletzung die mittelbare Ursache der Kopfrose. Wie im Lauf der Voruntersuchung noch festgestellt wurde, hat sich Bunz Ende März oder Anfang April dieses Jahres noch eine weitere Soldatenmißhandlung dadurch zu schulden kommen lassen, daß er ebenfalls aus ganz geringfügigem Anlaß den Grenadier Schneid an der Brust packte und dermaßen gegen das Fenster warf, daß zwei Scheiben in Trümmer gingen. Ein anderer Grenadier machte mit dem Spind auf dieselbe Weise Bekanntschaft. Das Urteil lautete unter Annahme minderschwerer Fälle wegen eines Verbrechens der Mißhandlung Untergebener mit nachgefolgtem Tode und der Mißhandlung Untergebener während der Ausübung des Dienstes, sowie wegen je eines Vergehens der Mißhandlung und Beleidigung Untergebener auf ein Jahr vier Monate Gefängnis und Degradation.

* Gera, 23. Sept. Wegen Beleidigung des Großherzogs von Sachsen-Weimar hatte sich am Montag vor der hiesigen Strafkammer der Landwirt Scheffler aus Kleina bei Neustadt a. O. zu verantworten. Er hatte, als ihm Bilder des großherzoglichen Paares zum Kauf angeboten wurden, den Händler unter beschimpfenden Aeußerungen der dargestellten Fürstlichkeiten abgewiesen und wurde nun zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vermischtes.

Die „Goldene 110“ verschwindet! Eines der bekanntesten Häuser in der Leipzigerstraße in Berlin, das Haus Nr. 110, soll einer vollkommenen Umgestaltung unterzogen werden; damit verliert Berlin, wie der „Kreuz-Ztg.“ geschrieben wird, eines seiner „historischen“ Geschäfte. Die „Goldene 110“ wird damit aus der Reihe der Firmen verschwinden, in der sie eine eigenartige Stellung einnahm. Das Geschäft konnte im Jahre 1896 in dem Hause Leipzigerstraße 110 das 25jährige Geschäftsjubiläum feiern. Infolge des Umbaues wird es nach einer anderen Straße verlegt, die charakteristische Bezeichnung geht damit verloren. Wie sehr im Laufe der Jahre die Mieten in der Leipzigerstraße gestiegen sind, läßt sich daraus ersehen, daß ursprünglich für die Geschäftsräume 1400 Taler gezahlt wurden, jetzt soll derselbe Laden 27,000 Mark Miete bringen. Die Bekanntschaft des Berliners mit diesem Geschäft beruht auf den poetischen Reklamen, welche lange Jahre hindurch an den Anschlagsäulen erschienen. Dem Feldmarschall Grafen Moltke hatte die Dichterin der „Goldenen Hundertzehn“, die unter dem Namen „Ida“ bekannt war, zu seinem 50jähr. Dienstjubiläum eine poetische Widmung gesandt, die den Jubilar so erfreute, daß er folgende Antwort sandte: „Der Dichterin der „Goldenen Hundertzehn“ meinen freundlichen Gruß und den Inhabern den Wunsch, daß sie stets goldener werde.“ Das Geschäft hat dem Archiv der Stadt Berlin das Album mit den Gedichten übermittelt; es zeigt, wie jedes Ereignis seinerzeit von der „Ida“ verwertet wurde.

175 Kilometer in einer Stunde. Den Versuchsfahrten der Studiengesellschaft für elektrische Schnellbahnen auf der Militär-Eisenbahn zwischen Marienfelde und Zossen wohnten gestern Präsident des Reichs-Eisenbahnamtes Dr. Schulz, ferner General Zachariä, Geheimer Oberbaurat von Misani aus dem Reichs-Eisenbahnamt, Geheimer Baurat Professor Dr. Ulbricht aus Dresden, sowie die Direktoren der Militär-Eisenbahn und verschiedene Mitglieder der Studiengesellschaft bei. Die in der vergangenen Woche erzielte Geschwindigkeit von 167 km wurde noch weiter gesteigert, und eine Höchstgeschwindigkeit von 175 km in der Stunde erreicht. Der neue Oberbau der Militär-Eisenbahn und die Einrichtungen des Schnellbahnwagens haben sich auch bei dieser hohen Geschwindigkeit gut bewährt.

Deutschlands erste Gasfernleitung Lübeck-Travemünde (16 km) wurde gestern in Benutzung genommen. Zur Besichtigung waren mehrere Administratoren und Chef-Ingenieure der Pariser Gasgesellschaft eingetroffen.

Einem frevelhaften Scherze ist in Königsberg i. Pr. ein Menschenleben zum Opfer gefallen. Einige Getreideträger leisteten sich den „Witz“, einem Arbeitsgenossen, mit dem sie in einer Destillation der Roggenstraße zusammenkamen, Nikotin in die Schnapsflasche zu füllen. Dann veranlaßten sie ihn davon zu trinken. Nachdem er zweimal getrunken hatte, brach er plötzlich vor den Augen der Umstehenden zusammen und verschied auf der Stelle.

Wie der heurige Wein heißen soll. Für den diesjährigen Wein schlägt in einem Eingesandt im Kreuznacher „Oeff. Anz.“ jemand den Namen Paasche vor, der auch viel versprochen habe, ohne zu halten, ebenso wie der heurige Wein. — Nicht übel.

Durch den elektrischen Strom getötet. Der beim Fürsten Bariatinsky in Seehaus in Bayern beschäftigte 39 Jahre alte ledige Tagelöhner Jakob März von Percha nahm, der „M. A. Z.“ zufolge, auf dem Nachhausewege von der Arbeit, um sich „elektrisieren“ zu lassen“, von der elektrischen Leitung an der Aufkirchener Straße einen locker herabhängenden, zum Befestigen der Stange bestimmten Draht in die Hand und legte diesen an die sogenannte Hochspannung an. März wurde sofort durch den elektrischen Strom getötet.

Schiffszusammenstoß. Der Reichspostdampfer „Seydlitz“ vom Norddeutschen Lloyd in Bremen hatte in den ostasiatischen Gewässern einen Zusammenstoß mit dem japanischen Dampfer „Chishima Maru“ zu bestehen. Wie die Generaldirektion des Norddeutschen Lloyds mitteilt, ist der „Seydlitz“ unbeschädigt geblieben. Er konnte seine Reise fortsetzen und ist gestern um 4 Uhr nachmittags in Nagasaki eingetroffen, von wo er die Rückreise nach Bremen antreten wird. Der japanische Dampfer hat so schwere Beschädigungen erlitten, daß er auf Strand gelegt werden mußte. Soweit bisher bekannt ist, trägt die Schuld an dem Zusammenstoß der japanische Kapitän.

Im Automobil durch den afrikanischen Urwald zu fahren beabsichtigt Mr. George Wilson, der unternehmungslustige Kommissär des Uganda-Protektorats, der sich gegenwärtig auf der Rückfahrt von London nach Afrika befindet. Er hat ein Automobil von 25 Pferdekraft mitgenommen, das ihm dort auf seinen Inspektionstouren gute Dienste leisten soll. In den letzten Jahren sind in Uganda sehr viele Straßen gebaut worden, und wenigstens 600 Meilen derselben sind so gut, daß man bequem wird mit dem Motor fahren können. Zuerst fürchtete man, die Heizungsfrage würde Schwierigkeiten machen, aber seitdem die Bahn fertig ist, kommen regelmäßige Petroleumsendungen von Bombay nach Mombasa, und von da ab wird es dann per Eisenbahn landeinwärts gebracht. Mr. Wilson sprach die Ansicht aus, daß es nicht lange dauern werde, bis man per Motor quer durch Uganda bis an die Quellen des Niel werde fahren können.

Eine neue fürchterliche Pulverexplosion wird über Lissabon aus Mozambique, der Hauptstadt der gleichnamigen portugiesischen Kolonie, gemeldet. Dort flog der Pulverturm in die Luft, was 108 Menschen, darunter 7 Europäern, das Leben kostete. Die Vorstadt San Sebastian wurde gänzlich zerstört.

Schnecken — wilde Tiere. Ein Südfruchthändler in Louisville, Kentucky, ließ sich aus Italien gleichzeitig mit einer Sendung Zitronen einen Eimer voll Schnecken kommen, um dieselben zu verspeisen. Das Zollamt war sich sofort klar darüber, daß ein solcher Leckerbissen nicht unverzollt bleiben dürfe, aber die Sache bot insofern Schwierigkeiten, als Schnecken weder als Nahrungsmittel, noch als Schmucksachen, noch als Haustiere oder zu Zuchtzwecken im amerikanischen Zolltarif erwähnt sind. In einem Anflug von grimmen Humor regte der Empfänger der Sendung an, die Schnecken, wenn sie nun schon unter allen Umständen verzollt werden müßten, als „wilde Tiere“ zu betrachten und dementsprechend zu behandeln. Und so geschah es.

Kursberichte der Halleschen Bankfirmen vom 24. Sept.

	Dividende für	%	Zinstermin	Zinsfuss	Kursnotiz
Hall. konv. 3½% Stadt-Anl. v. 1882	—	—	1.4. u. 1.10.	3½	99,40G
" 3½% Theater-Anl. v. 1884	—	—	1.4. u. 1.10.	3½	99,60G
" 3½% Stadt- " " 1886	—	—	1.4. u. 1.10	3½	99,50B
" 3½% " " " 1892	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	99,50G
" 4% " " " 1900	—	—	1.1. u. 1.7.	4	103,60bB
Akener 3½% " " . . .	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	— —
Erfurter 3½% " " . . .	—	—	1.4. u. 1.10.	3½	99,50G
Erfurter 4 proz. Stadt-Anl. v. 1900	—	—	1.4. u. 1.10.	4	102,75G
do. do. do. " 1901	—	—	1.4. u. 1.10.	4	102,75G
Halberstädter 3½% " " . . .	—	—	1.4. u. 1.10	3½	99,25G
Naumburger 3½% " . . .	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	99,00G
Landschaftl. 3½% Central-Pfandbr.	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	99,60B
Sächsische 4% landschaftl. Pfandbr.	—	—	1.1. u. 1.7.	4	— —
" 3½% " " "	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	99,75B
" 3% " " "	—	—	1.1. u. 1.7.	3	87,50G
" 3½% Provinzial-Anleihe	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	— —
Halle-Hettstedter 3½% Oblig.	—	—	1.4. u. 1.4.	3½	94,50B
do. do. 4½% "	—	—	1.4. u. 1.7.	4½	103,50B
Hallesche Strassenbahn 4% Obl.	—	—	1.1. u. 1.7.	4	98,75bB
Knappsch.-Berufsgen. 4% Anl. von	—	—	1.1. u. 1.7.	4	
1899 unkündbar bis 1904 . . .	—	—	1.1. u. 1.7.	4	— —
Unstrut-Reg. 3½% Obl. (Bretleben-Nebra)	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	100,00G
Bernb. Masch.-Fabr. 4½ Obl. rckz. 103	—	—	1.1. u. 1.7.	4½	— —
Cröllw. A.-Papierfabr. 4% Hyp.-Anl.	—	—	1.1. u. 1.7.	4	101,25G
Eisenacher 4½% Kammgarnspinnerei Oblig rückz. mit 102 Proz.	—	—	1.4. u. 1.10.	4½	102,50G
F. Zimmermann & Co. M. 4% H. A.	—	—	1.4. u. 1.10.	4	100,00G
Körbisdorf, Zuckerfabrik 4% "	—	—	1.4. u. 1.10.	4	— —
Waldauer Braunkohlen 4% "	—	—	1.4. u. 1.10	4	101,00G
do do. Oblig. v. 1902	—	—	1.4. u. 1.10	4	100,25G
Sächs.-Thür. Braunk. V. 4% Schuldv.	—	—	1.1. u. 1.7.	4½	100,50G
do. II. rückz. mit 102 Proz.	—	—	1.1. u. 1.7.	4	101,25G
Wersch.-Weissenf. Brk. 4% Obl. 1890	—	—	1.4. u. 1.10.	4	100,75G
" " 4% " 1898	—	—	1.1. u. 1.7.	4	100,75G
" " 4% " 1902	—	—	1.1. u. 1.7.	4	100,75G
Zeitzer Paraff. u. Solarölfabrik 4% Schuldv. unkündb. bis 1904 . .	—	—	1.1. u. 1.7.	4	100,75G
Hallesche Bankvereins-Aktien .	1902	8½	1.1.	4	154,00bG
Spar- und Vorschuss-Bank-Aktien	1902	3	1.1.	4	59,00G
Ammendorfer Papierf.-Akt. . .	1901/02	10	1.7.	4	145,00G
Cröllwitz. Akt.-Papierfabrik-Akt.	1902/03	12	1.7.	4	212,00G
Cönnern, Malzfabrik-Aktien. .	1902/03	12	1.7.	4	— —
Dörstew.-Rattmannsd. Braunk. I.-A.	1902/03	2½	1.7.	4	52,50G
do. Vorzugs-Aktien	1902/03	5	1.7.	4	100,00B
Eilenburger Kattun-Manufakt.-Akt.	1902/03	5	1.6.	4	98,00G
Feldschlösschen Brauerei-Aktien	1901/02	0	1.10.	4	40,00B
Glauzig, Zuckerfabrik-Aktien .	1902/03	6⅔	1.6.	4	110,00G
Halle-Hettstedt. E.-A., L.A.g. 3½%	1902/03	3½	1.4.	4	— —
Hallesche Akt.-Bierbrauerei-Akt.	1901/02	4	1.10.	4	95,00G
Hallesche Maschinenfabrik-Aktien	1902	15	1.1.	4	305,00G
Hallesche Strassenbahn-Aktien .	1902	0	1.1.	4	77,00G
Hallesche Portland-Cement-Fabr.	1902	0	1.1.	4	— —
Hildebrand'sche Mühlenw.-Akt. .	1901/02	4¾	1.7.	4	151,50G
Körbisdorf, Zuckerfabrik-Aktien .	1902/03	8	1.4.	4	117,50G
Kyffhäuser Hütte Aktien . . .	1902	45	1.1.	4	260,00G
Landsberg. Malzfabrik-Aktien . .	1901/02	8	1.7.	4	— —
Naumburger Braunkohlen-Aktien	1902/03	10	1.4.	4	181,50B
Niemberg, Malzfabrik-Aktien . .	1901/02	6	1.9.	4	119,00bG
Nienburger Schlossmälzerei-Akt.	1901/02	2½	1.9.	4	80,00B
Riebeck'sche Montanwerke-Aktien	1902/03	12½	1.4.	4	211,00G
Sächs.-Thür. Braunk.-St.-Aktien	1902	5½	1.1.	4	109,00G
Sächs.-Th. Braunk.-St.-Pr.-Akt.	1902	5½	1.1.	4	115,00B
Waldauer Braunkohlen-St-Aktien	1902/03	10	1.4.	4	160,00G
Wegelin & Hübner, A.-G.-Aktien	1902	9	1.1.	4	139,25G
Werschen-Weissenf. Braunk.-Akt.	1902/03	15	1.4.	4	285,00G
Zeitzer Maschinenb.-Akt. (Schaede)	1901/02	7	1.7.	4	— —
Zeitzer Paraff.- u. Solarölfabr.-Akt.	1902/03	9	1.4.	4	137,00G
Zuckerraffinerie Halle Aktien .	1901/02	30	1.10.	4	183,75B
Bruckd.-Nietl. Bergb.-Ver. Kuxe*	—	—	ohne Zs.	o. Z.	— —
Konsolidirte Pfännerschaft Kuxe*	1902	25M	"	"	350,00B

Die Kurse der mit * bezeichneten Papiere verstehen sich in Mark für ein Stück.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19030924022/fragment/page=0003

K. Mauersberger,

Färberei u. chemische Reinigung

für: Damen- und Herren-Garderobe, Möbelstoffe, Gardinen, Teppiche, Spitzen, Federn, Handschuhe.

6 eigene Läden:

Leipziger Str. 33, Fernsprecher 1248. | Gr. Steinstr. 1—2. | Steinweg 25, am Rannischen Platz.
Geiststr. 15 (Adler-Apotheke), Fernsprecher 1252. | Moritzkirchhof 5. | Gr. Steinstr. 39, nahe Walhalla.

Annahme bei Herrn Galander, neben Walhalla.

Grösstes Etablissement der Provinz Sachsen.

Reklame-Salon

in moderner Richtung, durch eigene Anfertigung ca. 20 Prozent billiger als sonst.

1 Salon-Schrank
1 „ Trumeaux
1 „ Tisch
4 „ Stühle

hell nußbaum, geschnitzte Füllungen, prima Arbeit.
zus. Mk. 393 billigst.

Da dieser Salon sehr begehrt wird wegen seiner besonderen Preiswürdigkeit, so bitten Bestellungen hierin rechtzeitig machen zu wollen.

Möbel-Fabrik mit Dampfbetrieb

Gebr. Kroppenstädt, Halle.

Muster einer Einbanddecke der Geschenkbände.

Neue Hendel-Bände

(Bibliothek der Gesamt-Literatur.)
Nummer 1690—1702.

Willibald Alexis, Isegrimm.
Vaterländischer Roman.
Mit einer Vorbemerkung von Hans Marshall und dem Bilde des Verfassers.
Preis geh. 1,75 M. Leinenband 2 M. eleg. Geschenkband 3 M.

M. Gorki, Mein Reisegefährte und andere Novellen.
Aus dem Russischen übertragen und mit einer Vorbemerkung versehen von Theo Kroczek.
Preis geh. 75 ₰, Leinenband 1 M.

Lord Byron, Poetische Erzählungen.
Inhalt: Der Giaur. Die Braut von Abydos. — Der Korsar. Lara. — Die Belagerung von Korinth. Beppo. — Mazeppa. Die Insel.
Uebersetzt und mit einem Vorwort versehen von Alex. Reidhardt.
Eleg. Geschenkbd. mit Goldschn. 2 M. auch einzeln in 4 Leinenbdch. je 50 ₰

C. W. Schmidt, Bühnenbearbeitung von Der Kaufmann von Venedig.
Ein Märchen in 4 Aufzügen von Will. Shakespeare.
Nach den Uebersetzungen von A. W. Schlegel und K. Simrock.
Preis geh. 25 ₰, Leinenband 50 ₰

Melchior Meyr, Erzählungen a. d. Ries.
Ludwig und Annemarie. Lnbd. 50 ₰ — Die Lehrersbraut. Lnbd. 75 ₰
Der Sieg des Schwachen. Lnbd. 75 ₰ — Ende gut, alles gut. Lnbd. 50 ₰
Sämtlich auch in einem eleg. Geschenkband 2,50 M.

Vollständige Kataloge in den Buchhandlungen und von

Otto Hendel Verlag, Halle S.

Vorteilhafte Bezugsquelle. Direkter Versand.
Golduhren. Silberuhren (v. M. 10 an). Metalluhren. Regulateure (v. M. 8.— an). Ketten etc. f. Damen u. Herren. Vorzügl. Präzisionsuhren mit Gangschein v. staatl. Observatorium, Gold (M. 105) u. Silber (M. 33.50). Illustr. Katalog üb. Uhren all. Art, Ketten, Schmuck, Ringe, Feldstecher Bestecke etc. kostenfrei.
Ersatz Kassabl. für Geschäftsverehr. — Verbrauch gestattet. — Garantie.
Eug. Karecker, Taschenuhrenfabrik und Versand, Lindau i. Bodensee 703

Extrafeine Speise-Chocolade Selika
Joh. Gottl. Hauswaldt
Magdeburg.
Paket 40 Pfg. hellblau, 50 Pfg. grün, 75 Pfg. braun
Käuflich in allen guten Geschäften.

Zum

Umzuge

empfehle:

Linoleum-Läufer von 70 Pf. an pro Meter.
Linoleum-Teppiche von 3,60 Mk. an pro Stück.
Linoleum-Vorlagen vor Waschtische.
Linoleum-Rester zu billig. Preisen.
Linoleum 1,20 Mk. pro qm **zum Auslegen** ganzer Zimmer,

Hugo Nehab

Nachflg.,
Spezial-Geschäft
für Gummiwaren, Wachstuch und Linoleum.
27 Gr. Ulrichstr. 27, obere **68 Leipzigerstr. 68.**

Selbstackerbohnes
Pflaumenmus, à Pfd. 30 Pfg.
2 Töpfe zum Füllen werden angen. bei
A. Trautwein, Gr. Ulrichstr. 31.

Zum Umzug: **Linoleum.**

Grosse Gelegenheitsposten.

Wichtig für Baumeister, Hausbesitzer etc.

		Quadratmeter statt	jetzt
Linoleum,	stark durchgehende Parkett- und Teppichmuster, unverwüstlich	6,00	4,00.
Linoleum,	bedruckt, von M. 1,15—2,00 pro qm		
Linoleum,	einfarbig, von M. 0,75—3,00 pro qm		
Linoleum-Teppiche,	gemustert von M. 3,50—16 M.		
Linoleum-Läufer,	„ von M. 0,80—2,00 M.		

Gebr. Buttermilch, Halle S.

Verkauf im Linoleum-Laden: Königstr. 18.

Fernsprecher 508.

Neue Handelskurse der Handelsschule zu Halle S. (Dir. Mertig)
für Damen und Herren! Tages- und Abendkurse. Beginn 5. Oktbr.

Wechselkunde, 1 Std. wöch.,	mon. 3,—	Stenographie, 2 Std. wöch.,	mon. 3,—
Eins. u. dopp. Buchf., 3 Std wöch.,	„ 8,—	„ Satzkrz., 2 Std. wöch.,	„ 3,—
Kaufm. Rechnen, 2 Std. wöch.,	„ 4,—	Einführ. i. d. engl. Spr. wöch. 2 Std.,	„ 6,—
Schönschr., deutsch u. lat., 2 St. wöch.	„ 4,—	„ „ „ franz. „ „ 2 „ „	„ 6,—
„ rund, 2 Std. wöch.,	„ 4,—	Maschinenschreiben „ 3 „ „	„ 5,—
Handelskorresp., dtsch. 2 Std. wöch.	„ 4,—	Handelswissenschaftliche Vorlesungen.	
„ engl. u. frz., je 2 St. wöch.,	mon. je 6,—	Anmeldungen täglich in der Schule.	

Zeugnis. Kostenl. Stellennachweis. Näheres Leipzigerstraße 10, II.

Wohlfahrtsloose
à M. 3.30. Porto u. Liste 30 Pf., Ausland 60 Pf.
Ziehung 28. Septbr. bis 2. Oktbr.
Haupttreffer **100,000 M.**
50,000, 25,000, 15,000 M. etc.
16870 Gewinne ohne Abzug zahlbar.
Streng reelle Effectuierung.
Georg Prerauer
BERLIN W., Mohrenstr. 8.

XXX. Quedlinburger Pferde-Lotterie.
Ziehung schon 8. Oktober 1903
Lose à 1 Mk.
bei dem General-Agenten **Carl Krebs** in **Quedlinburg, Kleinschmidt,** Moritzzwing. 14, **Pfeffersche Buchhandlg.,** Markt 22, **Keitel,** Grosse Ulrichstrasse 36, **Kurtzke & Hasse,** Leipzigerstrasse 94, **Pettrich & Kopsch,** Schmeerst 20, **Reuter,** Leipzigerstr. 58, **Dessen,** Grosse Steinstr. 56, **Vietzke,** Geiststr. 43, **Schulenburg,** Merseburgerstr. 161, **Keferstein,** Delitzschersstrasse 3, **Schroedel & Simon,** Gr. Ulrichstr 46, **Stoye,** Riebeckplatz, **Kitzing,** Schmeerstrasse 28, **Gallrein,** Glauchaerstrasse 76, **Schroeder,** Leipzigerstrasse 46, **Wolff,** Leipzigerst 42, **Knappe,** Steinweg 24, **Knoblauch,** Grosse Steinstrasse 44 in Halle, **F. C. Demand** in Lauchstädt, **Wilh. Otto** in Niemberg.
Wiederverkäufer erh. Rabatt.

Damentuch,
Ia. Qualität, in neuesten Farben zu elegant. Promenadenkleidern, Visitartuch und moderne Anzugstoffe für Herren und Knaben versende billigst, jedes Maß. Proben frei!
Max Niemer, Sommerfeld N.-L.

Zähne, Reparaturen und Umarbeitungen 3—6 Std.
Zahnziehen schmerzl. (ohne allg. Betäubg.)
Netz, Geiststraße 15, 1
(Adler-Apotheke), Eingang Breitestr.

Robert Weise
Friedrichplatz
empfiehlt als selten preiswerte

Moselweine:

Königsmosel	Fl. 0,50
Winninger	„ 0,60
Enkircher	„ 0,80
Trabener	„ 0,90
Lieserer	„ 1,00.

Rheinweine:

Laubenheimer	Fl. 0,75
Erbacher	„ 0,90
Bodenheimer	„ 1,00
Hochheimer	„ 1,00
Dürkheimer Feuerberg	„ 1,25.

Rote Bordeauxweine:

Pauilloc	Fl. 0,80
Medoc	„ 0,90
Chateau de Macau	„ 1,00
Medoc Listrac	„ 1,25
Medoc Margau	„ 1,40.

Italienische Rotweine:
Marca Italia, Kronen-Marke, Fl. 0,60.
Perla d'Italia excl. Glas Fl. 0,90.
Bei 12/1 Flaschen Preisermäßigung.

10. Wohlfahrts-Geld-Lotterie.
Zieh. 28. Sept.—2. Okt.
Hauptgewinne:
100,000 Mk.
50,000 Mk.
25,000 Mk. etc.
Originallose à M. 3,50
Porto u. Liste 30 Pfg.
D. Lewin
Neustrelitz.

Christian Glaser,
Gr. Klausstraße 24,
empfiehlt billigst
Regulier-Füll-Oefen, Stubenkochöfen
mit eisernen u. Tonetagen.
Irische u. amerik.
Dauerbrand-Oefen,
Berliner
Stuben- u. Küchenöfen,
transportable
Sparkochherde
jeder Größe.
Gleichfalls bringe mein Lager in Rosten, Platten, Feuertüren, Dachfenstern, Randdesseln ꝛc., sowie meine Werkstatt f. Schwarzblechwaren und Reparaturen in empfehlende Erinnerung.

Schirmfabrik
Fritz Behrens,
Gr. Steinstraße 85.
Bar. dauerb. eigne Fbrkt.
Reparaturen jeder Art.
Ueberz. n. Wunsch in 1 St.
Rabatt-Spar-Verein.

Billig!
Bettstellen mit Matratzen, Büfetts, Schreibtische, Sofas, Plüschgarnituren, Spiegel, Kommoden, Waschtische, Stühle usw.
G. Schaible, große Möbelfabrik mit elektr. Betrieb, Gr. Märkerstr. 26, am Ratskeller.

Waschgefäße
dauerh., bill. Bauder, Gr. Klausstr. 12.

Der heutigen Nummer liegt ein Prospekt der „Sonntags-Zeitung für Deutschlands Frauen" bei, die jetzt eine der beliebtesten und vornehmsten Familienzeitungen Deutschlands ist. Die „Sonntags-Zeitung für Deutschlands Frauen" kostet wöchentlich nur 20 Pfennig und vereinigt in sich eine reich und künstlerisch ausgestattete Familien-Zeitung, eine umfangreiche Moden- und Handarbeitszeitschrift mit gedruckfertigen Schnittmuster-Beilagen, und eine Hausfrauenzeitung, welche praktische Winke für Küche und Haus bringt. Wir können ein Probe-Abonnement auf diese beliebte „Sonntags-Zeitung für Deutschlands Frauen" empfehlen.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Ernst Böhme in Halle — Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. — Mit 2 Beiblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19030924022/fragment/page=0004